

*„Hohe Belastungen gefährden die kommunale Handlungsfähigkeit –
Bund und Land sind in der Pflicht.“*

**Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 2023
durch Bürgermeister Dirk Breuer
in der Sitzung des Rates der Stadt Hürth
am 15.11.2022**



- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Mitglieder des Rates der Stadt Hürth,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Hürtherinnen und Hürther,

am Freitag war der 11.11., der Tag des heiligen Martin. Gerne werden rund um diesen Tag Weckmänner verzehrt. Klassisch kommt er mit einer Tonpfeife daher. Nur wenige wissen, was diese Pfeife bedeutet. Tatsächlich soll sie einen Bischofsstab symbolisieren. Die meisten Menschen fragen gar nicht nach dem Sinn, aber für die meisten gehört die Pfeife dazu, wie der Weckmann selbst zum Martinsfest gehört.

Zu den Haushaltsplanberatungen gehören die Haushaltsreden. Den Auftakt bildet meine Rede. In der Gemeindeordnung ist vorgesehen, dass ich den Haushalt als Bürgermeister in den Rat einbringe. Die Rede dazu ist Tradition. Wozu ist sie gut? Mit der Haushaltsrede habe ich die Gelegenheit, meine Einschätzungen zum Haushaltsplanentwurf vorzustellen. Für Sie als Ratsmitglieder ist es geübte Praxis, dem zu lauschen. Sie sind aber durch die emsige Mitarbeit in den Gremien der Stadt Hürth mit einer Vielzahl der Themen bereits betraut.

Die öffentliche Ratssitzung bietet daher vor allem den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich ein eigenes Bild zu verschaffen und sich unmittelbar zu informieren. Ich freue mich, dass heute die Auszubildenden der Stadt Hürth einige Plätze auf den Besucherrängen belegen, aber es ist mehr ein Pflichtbesuch im Rahmen der Ausbildung, denn Besuch aus Neigung. Einige wenige Bürger sind ebenfalls zugegen. Wir haben rund 60.000 Einwohner. Im Vergleich dazu, ist das

Interesse der Öffentlichkeit also ziemlich gering. Insofern sehen Sie es mir nach, dass ich nicht alle Themen ansprechen werde, denen sich die Stadt widmet und die entsprechend im Haushaltsplan mit Ansätzen verankert werden. Dies würde auch schlicht den Rahmen der zumutbaren Redezeit sprengen – und Sie wissen ja, dass ich gerne kurze Reden halte.

Allerdings wollte ich hierauf gar nicht vertieft hinaus. Sondern ich möchte eher darauf hinaus, dass ebenso die Mahnung zur Haushaltsdisziplin und zu einer restriktiven Haushaltspolitik häufig zu den Bestandteilen einer Haushaltsrede gehören und von vielen Mitgliedern des Rates bereits selbst als Tradition innerhalb der Tradition der Haushaltsrede betrachtet wird. Immer und immer wieder vorgebracht, würde sich dies tatsächlich abnutzen, vielleicht auch das Wesentliche nicht mehr erkennbar werden lassen. Vielleicht ist die häufig bei Haushaltseinbringungen gemachte Aufforderung zum Maßhalten die Gipspfeife innerhalb der Kommunalpolitik. Wohl hören Sie als Gremienmitglieder die Worte, deren Bedeutung scheinen Sie aber nicht alle und immer zu berücksichtigen, wenn dann in den folgenden Haushaltsberatungen doch wieder das Stellen von Anträgen praktiziert wird, die Aufwandserhöhungen bedeuten würden, aber kaum Konsolidierungsbeiträge eingebracht werden. Bitte bedenken Sie, wenn ich Sie heute darauf hinweise, dass kein Spielraum für weitere dauerhafte Aufwandserhöhungen besteht, dass dies kein Ritual, kein leeres Symbol a la Gipspfeife ist. Vielmehr gilt dies für das neue Haushaltsjahr mehr denn je, markiert die kommende Entwicklung, die nach heutigem Stand absehbar ist, doch einen deutlichen Aderlass für die Kommunen.

Ein wichtiger Eckpunkt scheint dabei zu sein, dass wir aus den Krisen nicht herauskommen und in der Krisenbewältigung stützt sich der Bund massiv auf die deutschen Kommunen. Bei aller Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger, die wichtig ist, vernachlässigen die Entscheidungsträger im Bund massiv die Entlastung der Städte und Gemeinden in Deutschland.

Wie wusste schon Goethe: „*Es nimmt der Augenblick, was die Jahre geben.*“

Und so kommt es denn auch dazu, dass aus dem noch mit der Mittelfristplanung des Haushaltsplanes 2022 vorgelegten Planungsziel von 20.000 Euro als positivem Jahresergebnis nun ein Defizit von 12,4 Millionen Euro geworden ist.

Betrachtete man die zusätzlichen Belastungen, die in Folge der Corona-bedingten Mehraufwendungen und des russischen Einmarsches in der Ukraine entstehen, mit, läge das Defizit sogar bei 17,5 Millionen Euro. Dieser Mehraufwand wird – bedingt durch Landesvorgaben - im kommenden Jahr allerdings isoliert und belastet das Ergebnis erst ab 2025. Es bleibt aber bei einer Belastung, dies sollten wir im Hinterkopf behalten. Unser Kämmerer Marco Dederichs wird dies gleich noch ausführlicher erläutern.

Relevant für das offizielle Defizit in 2023 sind allein externe Faktoren. Das Aufwandsvolumen liegt gegenüber der Vorjahresplanung um 12,2 Millionen Euro höher. Zwei dieser Faktoren, die wir nicht unmittelbar beeinflussen können, sind im Wesentlichen die Kreisumlage sowie der steigende Verlustausgleich der SWH.

Trotz einer übervollen Ausgleichsrücklage hat der Kreis im Rahmen der Benehmensherstellung zum Doppel-Kreishaushalt 2023/2024 angekündigt, den Kreisumlagensatz von 31,5 Punkten auf 33,2 Punkte zu erhöhen. Für uns in Hürth bedeutet dies, dass wir 6,5 Millionen Euro mehr Kreisumlage zahlen müssen. In Summe führen wir dann satte 37,8 Millionen Euro an den Rhein-Erft-Kreis ab. Dies ist fast ein Fünftel unseres Haushaltsvolumens!

Die Hoffnung stirbt zuletzt, heißt es. Dennoch habe ich Hoffnung, dass der Kreis sich noch besinnt und gerade in Krisenzeiten auf einen stärker kommunalfreundlichen Kurs einschwenkt. Gespräche hierzu stehen in den nächsten Tagen noch an. Wir können aber heute nur mit dem planen, was uns schwarz auf weiß übermittelt wurde.

Ein weiterer relevanter Faktor für das Defizit ist der deutlich gestiegene Verlustausgleich für die Stadtwerke Hürth. Gegenüber der Vorjahresplanung steigt dieser Betrag um 4,5 Millionen Euro. Eingangs habe ich gesagt, dass diese Entwicklungen von uns in Hürth nicht unmittelbar beeinflusst werden können. Ursächlich ist hier nämlich im Wesentlichen eine geänderte Rechtsprechung in Hinblick auf die Gebührenkalkulation. Das OVG Münster hat mit einem Urteil die seit 1994 geltende ständige Rechtsprechung in Hinblick auf die kalkulatorische Verzinsung geändert. Für die SWH bedeutet dies einen Rückgang bei den Zinsumsätzen in Höhe von rd. 4,5 Millionen Euro. Allerdings gibt es auch hier noch etwas Hoffnung. Das Land hat ein Gesetzgebungsverfahren zur KAG-Änderung eingeleitet, mit der sich das Ergebnis noch um 2,7 Millionen Euro verbessern könnte. Wir werden sehen, was es

konkret erbringt. Aber heute können wir nur mit dem planen, was uns schwarz auf weiß vorliegt.

Umso bedrückender sind diese und andere Faktoren, wenn man bedenkt, wie solide und gut wir bisher gewirtschaftet haben. Zum Beispiel bei den Personalkosten, einem der größten Kostenblöcke im städtischen Haushalt, der 21 % des Haushaltsvolumens ausmacht. Trotz jährlicher Tarifsteigerung und der vom Bund verkündeten Ausweitung des Wohngeldanspruches, den ich prinzipiell begrüße, steigen die Personalkosten im Vergleich zum Vorjahresansatz um lediglich 221.500 Euro, wobei auch im Bereich der Hochbauplanung das Personal um zwei Architektenstellen aufgestockt werden soll.

Was ich in diesem Zusammenhang nicht verstehen kann ist, dass es vom Bund bisher kein Wort dazu gibt, die Kommunen bei den zusätzlichen Personalkosten für die Bearbeitung der Wohngeldanträge zu unterstützen. Denn mit dem Beschluss des Bundes wird sich der Kreis der Wohngeldberechtigten verdreifachen und auch die Zahl der Sachbearbeiterstellen muss dementsprechend erhöht werden. Der Bund lässt sich feiern und die Zeche zahlen am Ende wieder die Kommunen, die die zusätzlichen Personalaufwendungen tragen müssen.

Auch bei anderen Entwicklungen, die unseren Haushalt beeinflussen, hat der Bund die Städte und Gemeinden überhaupt nicht im Blick. Durch die Entlastungspakete I und II auf Bundesebene, insbesondere durch die Energiepreispauschale und den Kinderbonus, gibt es bereits in diesem Jahr einen massiven Einbruch bei der Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer. Für Hürth macht

das in diesem Jahr allein einen Einbruch von rd. 3 Millionen Euro aus. Außerdem wird die rückwirkende Erhöhung der Steuerfreibeträge zum 01.01.2022 ebenfalls eine dauerhafte Verringerung des kommunalen Anteils an der Einkommensteuer zur Folge haben. Für das kommende Jahr fehlen uns dadurch 1,6 Millionen Euro. Von einer Kompensation ist weit und breit nichts zu sehen. Der Bund feiert sich und die Kommunen werden im Regen stehen gelassen.

Die November-Steuerschätzung des Bundes gaukelte vor, dass auch für die Kommunen steigende Steuermehreinnahmen zu erwarten seien. Doch der Schein trügt. Hierbei spielen Inflationseffekte eine Rolle. Tatsächlich sieht der Städte- und Gemeindebund eine enorme Finanzkrise auf die Städte zukommen. Demnach bleibt von den Steuermehreinnahmen für die Kommunen kein Cent übrig, die Kosten der Krise werden um ein Vielfaches höher zu Buche schlagen, denn auch wir werden den gestiegenen Preis für Energie, für unaufschiebbare Investitionen in den Klimaschutz, für Verkehr oder für Digitalisierung aufbringen müssen.

Hinzu kommen die nicht ausreichend gedeckten Kosten für die Unterbringung und Betreuung neu nach Deutschland gekommener Menschen. Zwar haben Bund und Land eine zusätzliche finanzielle Unterstützung beschlossen, aber fraglich ist, ob diese Mittel auch vollumfänglich bei uns ankommen. Und überhaupt nicht berücksichtigt ist der Aufwand, den wir bspw. durch die Schaffung von Kindergartenplätzen für die Kinder der Geflüchteten und die Vorhaltung von Unterkünften für eventuell neuankommende Flüchtlinge haben. Ich gehe jedenfalls davon aus, dass wir weitere Einrichtungen errichten müssen, um den

Zustrom zu bewältigen und wir werden auch mehr aufwenden müssen, um die Unterkünfte zu betreuen. Am Ende werden immer die Kommunen im Regen stehen gelassen.

Dabei haben wir doch fünf Tage nach St. Martin noch gut das Bild des Heiligen vor Augen, der seinen Mantel mit einem Notleidenden teilt. Die Kommunen und die Stadt Hürth teilen gerne. Wir setzen uns in besonderer Weise für den Nächsten ein und teilen mit anderen. Die Transferaufwendungen im neuen Haushalt belaufen sich auf gut 96 Millionen Euro! Aber wenn der heilige Martin nicht nur den halben, sondern den ganzen Mantel weggeben hätte, wäre er wahrscheinlich in stürmischer und eiskalter Nacht selbst umgekommen. Wem wäre damit geholfen gewesen? Er hätte nicht mehr barmherzig wirken können.

Und so warnt der Städte- und Gemeindebund auch zurecht, dass selbst Kommunen, die noch finanzielle Reserven hatten, nun ausbluten. Ohne weitreichendere finanzielle Unterstützung durch Bund und Land werden die Kommunen angesichts dieser Entwicklung bald handlungsunfähig sein.

Wohin dies führen kann, zeigt uns der Blick nach Amerika, ein Land, das sich heute zutiefst gespalten zeigt und in dem Populisten und Extremisten Hochkonjunktur haben. In vielen US-Kommunen zeigt sich der Wohlstand, der bis in die 60er Jahre erreicht werden konnte, in Parks, öffentlichen Schwimmbädern und Sportstadien. Das hat die örtliche Bevölkerung auf ihren Heimatort stolz gemacht – Orte, in denen die Menschen gerne lebten, gerne blieben und sich auch bei politischen Unterschieden noch normal mit ihren Nachbarn

unterhalten konnten. Aber mit dem Fabriksterben schwanden die Steuereinnahmen. Die Bäder mussten schließen, die öffentlichen Medien gingen ein. Die Leute hatten keine öffentlichen Orte mehr, an denen sie sich begegneten. Wenn man sieht, wie aggressiv die politische Debatte dort teils geworden ist, muss man auch feststellen, dass mehr Investitionen in das Lokale ein Gegenmittel sein könnten.

Wir wollen es bei uns nicht soweit kommen lassen. Wir müssen daher alles dafür tun, dass wir die Aufgaben, die wir heute leisten, auch künftig noch gestemmt bekommen bzw. so umgestaltet bekommen, dass ein leistungsfähiges Angebot für die Hürtherinnen und Hürther bewahrt werden kann. In der jetzigen, unsicheren Situation sollten wir alles vermeiden, was dauerhaften Aufwand verursacht, aber von unserem Investitionsprogramm, unseren Zukunftsprojekten sollten wir nicht ablassen, auch wenn natürlich steigende Zinsen zu höherem Aufwand im Ergebnisplan führen. Für die Lebensqualität in Hürth sind diese Vorhaben wichtig, damit die Menschen gerne und gut hier leben. Dazu gehört denn auch unser Investitionsprogramm für die Jahre 2023 bis 2026. Ohne die bereits im Bau befindlichen Vorhaben der neuen Feuer- und Rettungswache sowie des Neubaus am EMG werden hier 188,5 Millionen Euro veranschlagt. Darunter fallen bspw. die Erweiterung der Realschule, der Neubau der Kita Burgwichtel in Kendenich oder die Erweiterungsbauten an der Martinusschule in Fischenich.

Ebenfalls im Haushalt vorgesehen sind die nötigen Mittel für das AI-Village. Der Kohleausstieg wird zur Realität. 2030 ist das Ausstiegsdatum. Es gilt nun, dass die Versprechen zur

Strukturwandelförderung von Bund und Land endlich eingehalten werden. Viel zu lange schon warten wir nun auf die Förderbescheide für das AI-Village und das Entrepreneurship Center Rheinisches Revier (ECRR). Auch andere Projekte, die aus Strukturwandel- oder anderen Fördermitteln mitgestemmt werden, wie die Überplanung des Kreishausareals mit dem Projekttitle Agora Hürth, der Umbau der Luxemburger Straße zum Lebensraum Lux oder die sukzessive Schaffung des Stadionparkes müssen wir für die Zukunft mitdenken. Alle Projekte, die einen langen Atem erfordern, hohe Investitionen bedeuten und eine große Bedeutung haben, um die Lebensqualität der Hürtherinnen und Hürther auch zukünftig positiv weiterentwickeln zu können.

Eine weitere Aufgabe, der wir uns als Stadt Hürth noch intensiver zuwenden werden, ist der Bevölkerungs- und Zivilschutz. Wir bereiten uns im Krisenstab der Stadt Hürth darauf vor, dass der Fall eines Stromausfalls eintritt, der mehr als 72 Stunden dauert. Ich bin froh, diesen Stab, den Stab für außergewöhnliche Ereignisse, wie er offiziell heißt, seit dem Jahr 2016 aufgebaut zu haben. Bereits in der Corona-Hochphase und im Zusammenhang mit den vergangenen Flutereignissen haben die Mitglieder des Stabes wertvolle Arbeit geleistet. Hierauf können wir ein Stück weit aufbauen, aber dennoch müssen wir uns auf völlig neue, so noch nie erlebte Szenarien vorbereiten.

So haben wir für dieses Haushaltsjahr entsprechende Mittel vorgesehen und ich schlage Ihnen vor, auch für das nächste Haushaltsjahr, entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen. Zudem wird eine Organisationseinheit für den

Bevölkerungsschutz in der Verwaltung geschaffen, um den umfangreichen Vorbereitungen auch personell Rechnung zu tragen.

Besonders am Herzen liegt mir die Erarbeitung eines sog. Leuchtturmkonzeptes, in dem die Turnhallen unserer Schulen zu Anlaufstellen für die Bevölkerung in Krisensituationen werden. Ebenso freue ich mich, dass die Amateurfunker in Hürth sich zwischenzeitlich als Einheit in die Freiwillige Feuerwehr Hürth integriert haben, um auch bei Stromausfall die Kommunikation von der Stabszentrale mit den sog. Leuchttürmen aufrecht zu erhalten.

Absolute Sicherheit wird es nie geben, die Fähigkeit zu situationsgerechtem Handeln ist dennoch in besonderer Weise gefragt. Daher werden regelmäßige Schulungen und Übungen künftig noch größeres Gewicht erhalten. Wir betreten hierbei viel Neuland, aber insbesondere die Flut im letzten Jahr, deren Folgen uns in Hürth immer noch belasten, hat gezeigt, dass wir in Deutschland insgesamt besser vorbereitet sein müssen.

Vorbereiten müssen wir uns sicher auch auf weitere Unwägbarkeiten, die die Finanzsituation der Stadt betreffen. Die Kosten für den ÖPNV – das Angebot in Hürth sticht aus dem Angebot vergleichbarer Kommunen deutlich heraus – haben sich mehr als verdoppelt und liegen nun bei rund 8 Millionen Euro. Es ist vermutlich unausweichlich, dass das ÖPNV-Defizit künftig auch über den von der Stadt an die SWH zu zahlenden Verlustausgleich in Teilen mitabgedeckt werden muss, denn die Ergebnisse in den wirtschaftlichen Sparten reichen im Grunde jetzt schon nicht mehr für den Ausgleich.

Der Verwaltungsrat der Stadtwerke muss sich daher im kommenden Jahr noch intensiver mit der Frage auseinandersetzen, wie die explodierenden Kosten eingedämmt werden können und die Mobilität in Hürth unter Kostengesichtspunkten optimiert werden kann, ohne die Mobilitätswende und damit auch die Klimaschutzziele, die für uns in Hürth hohe Bedeutung haben, zu gefährden.

In der Summe zeigt sich, dass die Kommunen, und damit auch unsere Stadt, bereits mit deutlichen Belastungen zu kämpfen haben. Obwohl wir vor noch nie dagewesenen Herausforderungen stehen und vieles noch unklar ist, was die Zukunft erbringen wird, lege ich Ihnen, gemeinsam mit Kämmerer Marco Dederichs, dem ich für die Erarbeitung genauso herzlich danke wie dem Team der Kämmerei mit Amtsleiter Ralf Schnitzler sowie Abteilungsleiter Marcus Krüll, einen Haushaltsplanentwurf vor, der erneut ohne kommunale Steuererhöhungen, aber unter Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage geplant ist. Falls sich die negativen Entwicklungen, denen wir uns ausgesetzt sehen, in künftigen Jahren fortsetzen würden, bliebe auch uns, wie vielen anderen Kommunen letztlich nur die Erhöhung von Steuern übrig. Bislang können wir in Hürth jedoch auf den niedrigsten Satz der Grundsteuer B im gesamten Rhein-Erft-Kreis blicken. Unterjährig und inflationsbedingt werden aber auch Entscheidungen über Entgelt- und Gebührenanpassungen im Bereich des Schwimmbades, der Musikschule und der Bürgerhaus-Vermietung unvermeidbar sein, um einen Beitrag zur Sicherung unserer Handlungsfähigkeit zu leisten.

Bei den weiteren Beratungen des Haushaltsplanentwurfs wünsche ich den Fraktionen und Ratsmitgliedern gedeihliche Diskussionen, die ebenfalls den Erhalt der finanziellen Handlungsfähigkeit unserer Stadt im Fokus haben sollten. Um diesem Ziel gerecht zu werden, bitte ich Sie daher, dem vorgelegten Haushaltsplan für das Jahr 2023 zuzustimmen. Bedenken Sie bitte bei Ihren Beratungen, wovon sich der Verwaltungsvorstand der Stadt Hürth bei seinen Beratungen in Hinblick auf unsere finanzielle Situation leiten ließ. Auch hierbei handelt es sich um ein Wort von Johann Wolfgang von Goethe:

*„Zwischen heut' und morgen
Liegt eine lange Frist;
Lerne schnell besorgen,
Da du noch munter bist.“*

Ich bin gespannt, ob sich die Hoffnungen in Hinblick auf den Haushalt noch realisieren werden und ich hoffe, dass wir auch im nächsten Jahr finanzpolitisch noch so „munter“ sein werden, dass wir auch in Zukunft noch einiges für unsere Stadt „besorgen“ können. In der Zwischenzeit sollten wir alles dafür tun, den eingeschlagenen Investitionskurs auch unter erschwerten Bedingungen fortzuführen, damit die Menschen weiterhin gut und gerne in Hürth leben können.

Herzlichen Dank und Glückauf!